

# magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

Ausgabe 11.-12.2011 01.12.2011

## Schöneberger Forum des DGB diskutiert über Wege aus dem Sparzwang im öffentlichen Dienst



<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteingang)  
<sup>2)</sup> Konditionen freibleibend, effektiver Jahreszins 8,23 %

**Abruf-Dispokredit<sup>1)</sup>  
bis zum 6-Fachen  
Ihrer Nettobezüge  
7,99 % p. a.<sup>2)</sup>**

## Exklusivangebote für alle Beamtinnen und Beamten im DGB

### 0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung (ohne Mindesteingang) und BankCard und viele weitere attraktive Extras!

### + Abruf-Dispokredit<sup>1)2)</sup>

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge

<b>Beispiel:</b> Nettodarlehensbetrag	10.000,- Euro
Laufzeit	12 Monate
Sollzinssatz (veränderlich)	7,99 % p. a.
Effektiver Jahreszins	8,23 %

Den günstigen Abruf-Dispokredit bieten wir Ihnen in Abhängigkeit Ihrer Bonität bis zu einem Nettodarlehensbetrag in Höhe von 50.000,- Euro und für eine Laufzeit von bis zu 4 Jahren.

### + 0,- Euro Depot<sup>1)</sup>

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

### + DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

- Mindestens 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag bei Abschluss UniProfiRente
- Rabatt gilt auch für bestehende Verträge
- **Zusätzlich 200,- Euro einmalige staatliche Zulage für junge Riester-Einsteiger (bis 25 Jahre)**

### Jetzt informieren:

Bei Ihrem BBBank-Berater für den öffentlichen Dienst,  
unter [www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder Tel. 0 180/40 60 105  
(0,20 Euro/Anruf Festnetzpreis; Mobilfunkhöchstpreis: 0,42 Euro/Minute)



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst

# Inhalt

## Titel

Schöneberger Forum des DGB diskutiert über Wege aus dem Sparzwang im öffentlichen Dienst || 4 |

## Gastbeitrag

Claus Matecki, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, über die Auswirkungen der Schuldenbremse || 9 |

## Meldungen

Gesundes Essen in Kantinen des Bundes || 13 |

Bundesregierung veröffentlicht Demographiebericht || 13 |

## Aus den Ländern

Beamtinnen und Beamte fordern Anteil an steigenden Steuereinnahmen || 15 |

Berlin: Koalitionsvertrag ohne klare Aussagen zur Zukunft und Gestaltung der öffentlichen Dienste || 16 |

Bremen: Schüler und Lehrer protestieren gemeinsam, „weil man uns die Bildung klaut“ || 16 |

Hessen: Bundesverfassungsgericht prüft Besoldung eines hessischen Professors || 17 |

Rheinland-Pfalz: Beamtinnen und Beamte demonstrieren gegen die Sparpläne der Landesregierung || 18 |

Sachsen-Anhalt: Altersteilzeit soll Personalabbau beschleunigen || 19 |

## Service

Neuregelungen bei der Riester-Rente ab 2012, Teil II || 20 |

## Kommentar

Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zum Demographiebericht der Bundesregierung || 22 |

## Aus den Gewerkschaften

EVG positioniert sich auf dem kleinen Gewerkschaftstag mit Arbeitsprogramm für 2012 || 25 |

## Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas, Ruben Heim, Lisa Kranz, Matthias Schlenzka, Dr. Karsten Schneider, Henriette Schwarz; Titelfoto: Simone Neumann; Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen; Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop; Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFOSERVICE, Mannheimer Straße 80, 68804 Altlußheim, Telefon: 0211 72134571, Fax: 0211 72134573, infoservice@beamten-informationen.de, www.beamten-magazin.de; Erscheinungsweise: monatlich; Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr

# Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser, die drastischen Einsparmaßnahmen der öffentlichen Arbeitgeber gehen zu Lasten der Beschäftigten. Zu diesem Fazit kamen viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer des diesjährigen Schöneberger Forums, das den inhaltlichen Schwerpunkt dieser um 8 Seiten erweiterten Ausgabe bildet. Durch die Einsparpolitik der letzten Jahrzehnte wurde die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer weiter gesenkt – in der unmittelbaren Bundesverwaltung seit 1991 um 30 Prozent. Gleichzeitig steigen die krankheitsbedingten Fehlzeiten der Beschäftigten. Der Gesundheitsförderungsbericht für die unmittelbare Bundesverwaltung weist in 2009 einen Anstieg auf über 7 Prozent aus, und auch in 2010 ist die Quote weiter gestiegen. Der Zusammenhang zwischen dem Personalabbau, der zunehmenden Arbeitsverdichtung und dem kontinuierlich steigenden Krankenstand wird immer deutlicher. Das haben auch die Erfahrungsberichte auf dem Schöneberger Forum gezeigt. Umso dringlicher wird es für 2012 sein, das Thema Gesundheitsmanagement weiter voranzutreiben.

Vor dem Jahreswechsel ist Zeit für Besinnung und Rückblick. Auch das Magazin für Beamtinnen und Beamte will eine Bilanz ziehen. Was war gut? Wo können wir uns verbessern? Deshalb fragen wir die Leserinnen und Leser nach Ihrer Meinung. Bitte nehmen Sie sich etwas Zeit für die Umfrage in dieser Ausgabe.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern eine friedliche Advents- und Weihnachtszeit. Kommen Sie gut ins neue Jahr und bleiben Sie gesund!

Matthias Schlenzka

Referatsleiter für Beamtenrecht in der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB-Bundesvorstand

# Titel



Der DGB warnt vor dem Kollaps des öffentlichen Dienstes. Unter dem Druck von Schuldenbremse und Personalabbau sei der Staat nicht mehr in der Lage, all seine Aufgaben zu erfüllen, sagten Gewerkschafter beim Schöneberger Forum in Berlin. Zu der Veranstaltung des DGB waren Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, Regierungsvertreter und Wissenschaftler ins Schöneberger Rathaus gekommen. Sie debattierten unter dem Titel „Ausgebremst! Der öffentliche Dienst vor dem Kollaps?“ über die Folgen des Sparzwangs und Wege aus der Finanznot. Der DGB plädierte für mehr Steuereinnahmen und erhielt Unterstützung aus der Wissenschaft.

Der DGB fordert eine Abkehr von der Sparpolitik in Bund und Ländern infolge der europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise. DGB-Vorstand Claus Matecki warnte beim Schöneberger Forum in Berlin vor den möglichen Folgen, die er in einer „katastrophalen öffentlichen Daseinsvorsorge“, einem weiteren Personalabbau und „mensenunwürdigen Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst“ sah. Die Gewerkschaften setzen der Politik des Sparens Vorschläge entgegen.

## Reiche sollen auch zahlen

Schöneberger Forum des DGB diskutiert über Wege aus dem Sparzwang im öffentlichen Dienst

gen, die höhere öffentliche Einnahmen erzielen sollen. Sie sprechen sich für Steuern auf Vermögen, Erbschaften und Gewinne privater Unternehmen aus. „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen ein Einnahmeproblem“, stellte Matecki auf der beamtenpolitischen Tagung im Schöneberger Rathaus fest, zu der am 15. und 16. November 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gekommen waren. Sie diskutierten über das Thema „Ausgebremst! Der öffentliche Dienst vor dem Kollaps?“. „Der öffentliche Dienst darf nicht kaputtgespart werden“, unterstrich Matecki. Er kritisierte besonders die Schuldenbremse, die es Bund und Ländern weitgehend verbietet, neue Schulden aufzunehmen. Sie verhindere in konjunkturell schwierigen Zeiten notwendige Investitionen der öffentlichen Hand. Das Instrument verstärke den Spardruck auf die öffentlichen Haushalte, bekräftigte der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Rudolf Hickel. Sparzwang und Wirtschaftsabschwung mündeten in einen Teufelskreis, in dessen Folge weite Teile des öffentlichen Dienstes nicht mehr aufrechterhalten werden könnten.

Werner Gatzler vom Bundesfinanzministerium widersprach: Die Schuldenbremse berücksichtige Konjunkturzyklen. „Sie zwingt uns nicht, in konjunkturell schwierigen Zeiten hinein zu sparen“, erklärte der Staats-



Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Hartmut Möllring, Finanzminister des Landes Niedersachsen, die Moderatorin Petra Schwarz und Achim Meerkamp, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes (v.l.n.r.) in der Diskussion um Wege aus dem Sparzwang im öffentlichen Dienst. Fotos: Simone Neumann

sekretär. Sparen bedeute in der aktuellen Situation nicht, dass Ausgaben reduziert würden. Es gehe darum, die Ausgabenzuwächse zu begrenzen. Deutschland müsse jetzt die Defizite zurückführen, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden seien. „Wir sehen erste Ergebnisse, ohne dass strikt Ausgaben gespart würden“, sagte Gatzler. Der Bundeshaushalt verzeichne in diesem Jahr nur 22 Milliarden Euro an neuen Schulden statt der ursprünglich geplanten 48.

### „Irrtum vom schwachen Staat“

Rudolf Hickel kritisierte neoliberale Steuerpolitik, derzufolge sich der Staat verhalten müsse wie die schwäbische Hausfrau. Die Finanzierung des öffentlichen Dienstes oder der Bildungsinfrastruktur dürfe nicht wegen der Schuldenbremse oder Steuersenkungen beschränkt werden. „Der Staat hat eine gesamtgesellschaftliche Führungsrolle“, betonte der Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen. „Alle neoliberalen Phantasien vom schwachen Staat haben sich als schwerster Irrtum mit sozialen Folgen erwiesen“, kritisierte er. Hickel forderte eine Diskussion über die Frage: Was sind zentrale Aufgaben des Staates und wie hoch sind die dafür erforderlichen Ausgaben? Er schlug eine Steuerreform mit höherem Spitzensteuersatz vor und unterstützte die Einführung einer Vermögenssteuer. Hickels Argument: „Wer Vermögen hat, nimmt mehr staatliche Leistungen in Anspruch, zum Beispiel für Sicherheit.“ Staatssekretär Gatzler kann sich nach eigenem Bekunden eine Vermögenssteuer vorstellen, politisch sieht er jedoch keine Mehrheit dafür. Eine Absage erteilte er dem Vorschlag der GdP für eine Finanzpolizei, die Zoll und Steuerfahndung verzahnt. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Jörg Radek drückte

# Titel

→ sein Unverständnis darüber aus, dass das Finanzministerium Vorschläge ablehne, die zu Mehreinnahmen führten. Nach Auffassung der GdP könnte eine Finanzpolizei illegale Beschäftigung und Steuerhinterziehung besser bekämpfen. „Mehr Personal würde nicht zu mehr Einnahmen führen“, beschied Gatzler.

## Am Ende des Stellenabbaus

In der Bundesverwaltung müssen auf Beschluss der Bundesregierung 10.000 Stellen bis 2014 wegfallen. Einen weiteren Abbau von Personal im Bund hielt Gatzler nicht für vertretbar. „Wir sind am Ende angekommen bei pauschalen Stellenkürzungen“, befand der Jurist. Auch seine Amtskollegin aus dem Bundesinnenministerium, Cornelia Rogall-Grothe, lehnte prozentuale Einsparungen „nach dem Rasenmäherprinzip“ ab und plädierte für ein „differenziertes“ Vorgehen. So sei etwa der Bereich öffentliche Sicherheit von den Einsparungen ausgenommen worden. Als Zeichen dafür, „dass wir die Dinge mit Augenmaß sehen“, führte Rogall-Grothe außerdem an, dass den Bundesbeamtinnen und -beamten das Weihnachtsgeld wieder gewährt werde. Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) zufolge macht

Dienst müsse Einsparungen „aus den Strukturen heraus“ erreichen durch effizientere und effektivere Abläufe. Als Beispiel aus ihrem Geschäftsbereich nannte die Staatssekretärin die Prozessbibliothek, in der bewährte Verfahrensabläufe gesammelt und für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden.

## Chance auf mehr Arbeit

Laut Achim Meerkamp vom ver.di-Bundesvorstand geht die Verwaltungsmodernisierung auf Kosten der Beschäftigten. Sie müssten immer mehr leisten, weil Arbeitsplätze abgebaut, aber Strukturen nicht verändert würden. „Nur an Symptomen zu arbeiten, reicht nicht“, kritisierte er. „Wir wollen an die Ursachen ran.“ Trotz Überlastung funktionieren das System, was auf die hohe Identifikation der Mitarbeiter zurückzuführen sei. Meerkamp verlangte eine Perspektive, damit der öffentliche Dienst attraktiv für Beschäftigte bleibe. Für Möllring ist das eine Frage dessen, wie sich der öffentliche Dienst selbst darstellt. Aus Rogall-Grothes Sicht birgt Arbeitsverdichtung auch Chancen. Beamteten biete sich die Möglichkeit, ihren Arbeitsbereich zu erweitern. Nicht nur übermäßige Belastung führe zu psychischen Erkran-



die demographische Entwicklung Personalabbau unvermeidbar. Die Bevölkerung schrumpfe und altere. Wenn weniger Kinder zur Schule gingen, würden zwangsläufig weniger Lehrer gebraucht. Die Polizei bekomme weniger zu tun, weil „70-Jährige nicht mehr so oft in Kioske einsteigen“.

Rogall-Grothe ließ nicht unerwähnt, dass der Stellenabbau eine Kraftanstrengung für die Beschäftigten sei. Sie sah den öffentlichen Dienst jedoch nicht vor dem Kollaps. Er stehe „sehr gut da“. Der öffentliche

kungen, in vielen Fällen sei Unterforderung der Auslöser. Junge Menschen kommen ihrer Erfahrung nach in den öffentlichen Dienst, weil sie dort gute Rahmenbedingungen vorfinden wie etwa Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Minister Möllring gab sich zuversichtlich, dass auch die Länder zu einheitlichen gesetzlichen Grundlagen für die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten zurückkehren. „Ich bin der Meinung, dass wir das Beamtenrecht wieder vereinheitlichen müssen“, sagte er. ■



## Praxisforen

### Bildung

#### Investitionen zahlen sich aus

Investitionen in Bildung und Soziales sparen langfristig Geld. Das ist die Erkenntnis aus wissenschaftlichen Studien, die Prof. Wolfgang Böttcher von der Universität Münster im Forum „Bildung ist Mehrwert! Bildungsinvestitionen trotz Spardrucks“ vorstellte. Internationale Studien zeigten, dass präventive Bildungs- und Sozialpolitik die Kosten reduzieren könne, die andernfalls für Versäumnisse und Fehlentwicklungen aufgewendet werden müssen. Böttcher nannte beispielsweise als „Folgekosten unzureichender Bildung“ höhere Erwerbslosenquoten, höhere soziale Transferleistungen und Gesundheitsausgaben. Die in den Studien untersuchten Bildungsprogramme erzielen „deutlich Renditen“, wie Böttcher darlegte. Der Erziehungswissenschaftler resümierte: „Der Nutzen ist höher als die Kosten“. Er empfahl, in Bildung ärmerer Schichten und von Kinder im Alter bis zu drei Jahren zu investieren. Die frühe Kindheit bringe die höchsten Renditen. Böttcher schlug vor, die Länder sollten nach dem Beispiel Hannelore Krafts in Nordrhein-Westfalen Kredite für Bildungsinvestitionen aufnehmen und damit für Renditen sorgen. Die Ministerpräsidentin hat ein Programm für Bildungsketten gestartet, um Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen zu fördern.

Nach Aussage des GEW-Vorsitzenden Ulrich Thöne müsste Deutschland jährlich gut 50 Milliarden Euro mehr aufwenden, um die Anforderungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu erfüllen. Im Vergleich zum OECD-Durchschnitt liege das Land auf einem hinteren Platz. Während im internationalen Vergleich auf 1.000 Schüler 86 Lehrer kämen, seien es in Deutschland nur 63. Die zusätzlichen Mittel müssen Thöne zufolge in den Ausbau und eine bessere Qualität des Angebots an Ganztagschulen, Weiterbildung und Studienplätzen für Lehrer fließen und in die Sanierung von Schulen und Hochschulen. Sinkende Investitionen haben nicht zwangsläufig eine geringere Qualität der Ausbildung zur Folge, wie Harald Ulrich Pfeifer vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) darlegte. Betriebe investierten laut Erhebung des BIBB im Jahr 2000 durchschnittlich 6.500 Euro pro Jahr in einen Auszubildenden. Im Jahr 2007 waren es nur noch rund 4.000 Euro. Der Grund für die gesunkenen Kosten ist, dass die Lehrlinge stärker in produktive Prozesse eingebunden sind. Das sei ihnen wichtig, berichtete Pfeifer aus Befragungen. Die Jugendlichen übten vor allem mehr Fachkräftearbeiten aus. Der Wissenschaftler unterstrich: „Es ist wichtig, dass die Auszubildenden nicht ausgenutzt werden.“

### Polizei

#### Sicherheit in Gefahr

Nach Darstellung von Fachleuten haben die Haushaltskürzungen bei der Polizei ein bedrohliches Maß erreicht: sie gefährden nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten, sondern auch die innere Sicherheit. Der Polizei fehle zunehmend Personal und Ausstattung, um die Sicherheit des Landes weiter zu garantieren, bemängelte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut im Forum „Notruf Polizei! Kernbereiche des öffentlichen Dienstes im Sparzwang“. 10.000 Dienstposten seien bereits abgebaut worden, mit der Einsparung weiterer 10.000 Stellen sei zu rechnen. Die Polizei habe zunehmend mit Einsätzen bei Fußballspielen und Demonstrationen zu tun. „Der Schutz der Bürger im Alltag kommt zu kurz“, warnte Witthaut. Personalmangel führe dazu, dass die Zeiten vom Notruf bis zur Ankunft der Polizei am Einsatzort länger werden, ergänzten Zuhörer. In ostdeutschen Regionen könne die Polizei frühestens nach 45 Minuten am Ort eines Einbruchs sein. Personalmangel verstärke auch die dienstliche Belastung und Leistungsdruck. Witthaut kritisierte, dass Länder mit besserer Personalpolitik wie Nordrhein-Westfalen (NRW) gleichwohl unter dem Sparzwang litten. Die Polizei aus NRW reise durch die Republik, um Länder zu unterstützen, die Großeinsätze nicht mehr mit eigenen Kräften bewältigen können.

Die Bundespolizei hat nach Aussage von Prof. Gerd Strohmeier die Grenze der Belastbarkeit zum Teil deutlich überschritten. Laut einer Befragung des Chemnitzer Wissenschaftlers bewerten drei Viertel der Teilnehmer ihre Arbeitsbelastung als hoch oder sehr hoch. Ein Großteil der 40.000 Beschäftigten ist frustriert. In dieser Situation wirkten sich Haushaltskürzungen verheerend für Gesundheit und innere Sicherheit aus, sagte Strohmeier.

Referenten und Besucher des Forums monierten als wesentliches Problem, dass die Politik keine Aufgabenkritik vornehme. Witthaut forderte: „Über die Mindeststandards für die öffentliche Daseinsvorsorge muss diskutiert werden.“

### Kommunen

#### Mehr Einnahmen nötig

„Die Kommunen haben ein Einnahmenproblem.“ Dr. Achim Truger, Forscher bei der Hans-Böckler-Stiftung, sah die Ursache für die Finanzprobleme der Kommunen nicht in einer verschwendenrischen Ausgabenpolitik. Die Ausgaben sinken seit Anfang der 1990er Jahre, wie Truger im Forum „Klamme Kommunen in der Klemme. Öffentliche Daseinsvorsorge der Kommunen unter dem Spardiktat“ schilderte. Wegen der starken Konjunkturanfälligkeit ihrer Einnahmen – vor allem der Gewerbesteuer – seien die Ge-



meinden in den vergangenen zehn Jahren besonders stark von der im Durchschnitt schwachen Konjunktur betroffen gewesen. Außerdem hätten gravierende Steuersenkungen die staatlichen Einnahmen geschwächt. Die Kommunen seien davon durch ihre Anteile an den jeweiligen Steuern und über den kommunalen Finanzausgleich und gekürzte Zuweisungen des Bundes betroffen. Die Konjunktur werde sie nicht retten, Steuererhöhungen seien nötig. Herbert Freese vom niedersächsischen Landkreistag sprach sich dafür aus, den Kommunen mehr Freiheit bei der Gestaltung ihrer Einnahmen zu geben. Das eröffne auch Optionen, um auf die Schuldenbremse zu reagieren, die ihnen ab 2020 neue Kredite verbietet. Momentan könnten Kommunen nur mit Sparen reagieren. „Das erste Problem der Schulden ist, dass sie die Politikgestaltung kaputtmachen“, sagte Freese. Der Vorschlag für eine größere Einnahmeautonomie stieß bei den übrigen Referenten auf Ablehnung. Achim Meerkamp vom ver.di-

Bundesvorstand teilte Trugers Ansicht, dass ein Wettbewerb unter den Kommunen die Folge wäre. Meerkamp forderte eine finanzielle Mindestausstattung für die Kommunen im Sinne einer absoluten Untergrenze.

### Beschäftigte Gesundheitsförderung enttäuscht

Die Sparpolitik im öffentlichen Dienst „geht auf die Knochen der Beschäftigten“. Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende, prangerte Stellenabbau und die dadurch zunehmende Arbeitsbelastung für die Beschäftigten an. „Irgendwann hält der Mensch das nicht mehr aus“, sagte sie im Forum „Einsparungen – Personalabbau – Arbeitsverdichtung. Folgen der Sparpolitik für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst“. Zum Beleg führte sie die Fehlzeiten wegen Krankheit an. Sie sind in der Bundesverwaltung innerhalb eines Jahres um 1,42 Arbeitstage gestiegen. Die

Lebensversicherungsverein a. G.

Tarif BUZ TR1: Vergleich von 82 Angeboten für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung  
**Ausgabe 7/2009**

## Jetzt Dienstunfähigkeit absichern!

Mit der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist die Versorgung bei Dienstunfähigkeit noch keineswegs gesichert. Noch gravierender sieht die Situation als Beamter auf Probe bzw. auf Widerruf aus.

Die Versorgungslücke zwischen Arbeitseinkommen und Pension wird immer größer. Wenn Sie Ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, sichern Sie Ihre Arbeitskraft jetzt privat ab.

Wir haben spezielle Angebote für Sie. Rufen Sie uns an.

anders als andere

**Debeka-Hauptverwaltung**  
**Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18**  
**56058 Koblenz**  
**Telefon (02 61) 498-0**  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)



Quote erreichte 2009 sieben Prozent – der höchste Anstieg in einem Jahr seit 1998. Dennoch betreibe der öffentliche Arbeitgeber kaum Prävention. Sehrbrock zeigte sich enttäuscht über die Umsetzung der vom DGB 2009 mitunterzeichneten „Initiative zur Förderung des Gesundheitsmanagements in der Bundesverwaltung“. Es gehe nur „schleppend voran“.

Udo Kertz aus dem Bundesgesundheitsministerium bestätigte: „Wir sind die einzigen, die für den gesamten Geschäftsbereich was Vorzeigbares haben“. Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats sprach von der Vereinbarung zu betrieblichem Gesundheitsmanagement. Kertz zufolge fehlt das Bewusstsein und die Befürworter. „Gesundheitsmanagement ist mit Mehrarbeit verbunden, die muss im Wesentlichen die Verwaltung leisten.“ Ex-Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) habe dazu vermerkt „kw - künf-

tig wichtig“. Kertz kam auch auf die Kosten zu sprechen: „Nirgendwo in den Ministerien gibt es einen Titel für Gesundheitsförderung. Das Geld wird aus Fortbildung oder Haushaltsresten genommen.“ Dr. Hans Hofmann, Abteilungsleiter im Bundesinnenministerium, zeigte Möglichkeiten auf, um den Einsparungen zu begegnen. Eine Schlüsselrolle falle der Fortbildung zu. Hofmann erwähnte einen neuen Ausbildungsgang zum Kaufmann im Büromanagement. Der Bund investiere in arbeitsleichternde Technik und in Personalgewinnung. Er wendet 57 Millionen Euro auf, um Fachkräfte konkurrenzfähig bezahlen zu können. Ein Gesetz zur Fachkräftegewinnung ermöglicht es, jungen Computerspezialisten monatlich bis zu 690 Euro mehr zu zahlen. Hofmann kündigte weitere Zulagen an, unter anderem soll Schichtdienst bei Zoll und Bundespolizei besser honoriert werden. ■



- Anzeige -

## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBW recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

### Bestellung

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)  
 per Telefon: 0211 7300335  
 per Telefax: 0211 7300275  
 Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
 Ratiborweg 1  
 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Firma

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Konto-Nummer

\_\_\_\_\_  
BLZ

\_\_\_\_\_  
Bank

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**



Claus Matecki, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes

## Die Schuldenbremse wird zur Schuldenfalle

Der Bund darf ab 2016 nur noch Kredite in Höhe von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufnehmen. Die Länder dürfen ab 2020 keinerlei Kredite mehr aufnehmen, also 0,0 Prozent! Die von der großen Koalition eingeführte Schuldenbremse ist nicht nur wirtschaftspolitisch unvernünftig, sondern sie bremst sogar die Zukunft aus, denn diese sich selbst auferlegte Beschränkung wird in konjunkturell schwierigen Zeiten notwendige Investitionen verhindern. Schon heute haben die Kommunen und Gemeinden und auch viele Bundesländer massive Einnahmeprobleme. Viele Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge können nur aufrechterhalten werden, indem Kredite zu deren Finanzierung beitragen. Mit der Schuldenbremse sind die Kommunen, Gemeinden und Bundesländer einem zusätzlichen Spardruck ausgesetzt. Dadurch wird die Polarisierung der Kommunen in arme und weniger arme weiter zunehmen. Die Schuldenbremse wird zu einer kommunalen Schuldenfalle, sie wird dazu führen, dass große Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr aufrechterhalten werden können. Obwohl die negativen Folgen von Privatisierung und Public Private Partnerships vor allem auf kommunaler Ebene längst zu beobachten sind, wird das Verbot, Schulden aufzunehmen, ab 2020 zu einer wieder verstärkten Privatisierung städtischen Eigentums führen und den Kommunen weiteren langfristigen Handlungsspielraum rauben.



Gewerkschaftliche Antworten sind erstens, die Einnahmehasis der öffentlichen Körperschaften zu erhöhen und zweitens die unsinnige Schuldenbremse wieder rückgängig zu machen. Der DGB setzt einer Politik des Sparens und des Zusammenstreichens von öffentlichen Dienstleistungen eine solidarische Politik der Einnahmeerhöhung entgegen und

eine Politik, die die Beibehaltung öffentlicher Dienstleistungen und kommunaler Daseinsvorsorge gewährleistet. Deutschland braucht ein umfassendes Investitionsprogramm, welches Infrastrukturprojekte in nachhaltige Energie und in Bildung in den Mittelpunkt stellt. Es wird zukünftig darum gehen, hohe und sehr hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie Gewinne von privaten Unternehmen wieder deutlicher für eine gerechte Sozialstaatsentwicklung heranzuziehen. Der DGB wendet sich gegen Ausgabensenkungsdruck und zusätzliche Liberalisierungs- und Privatisierungsbemühungen, die die beschlossene Schuldenbremse nach sich ziehen werden. ■



DGB

## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

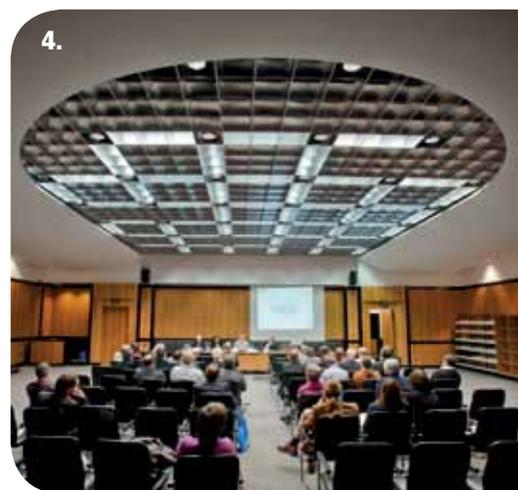
[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)



# Impressionen



## Schöneberger Forum 2011 Berlin



6.



1. Tobias Schürmann, ver.di Bundesverwaltung, Beate Lohmann, Leiterin der Abteilung O im Bundesministerium des Innern, die Moderatorin Petra Schwarz und Dr. Karsten Schneider, Leiter der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Forum I (v.l.n.r.).
2. „Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen ein Einnahmeproblem“, stellte Claus Matecki, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Eröffnungsplenum fest.
3. Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Hartmut Möllring, Finanzminister des Landes Niedersachsen, die Moderatorin Petra Schwarz und Achim Meerkamp, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes (v.l.n.r.) im Plenum II.
4. Forum II zum Thema „Klamme Kommunen in der Klemme“.
5. Das Thema „Möglichkeiten der Mitbestimmung bei Arbeitsverdichtung“ im Praxisforum VI fand unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern großes Interesse.
6. Dr. Hans Hofmann, Leiter der Abteilung D im Bundesministerium des Innern, der Moderator Carsten Köppl, Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Udo Kertz, Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Bundesministerium für Gesundheit (v.l.n.r.) diskutieren im Forum III über die Folgen der Sparpolitik für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.
7. Die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ingrid Sehrbrock prangert in Forum III den Stellenabbau im öffentlichen Dienst und die dadurch zunehmende Arbeitsbelastung für die Beschäftigten an.
8. Anlässlich ihres 90-jährigen Jubiläums verlost die BBBank auf dem Schöneberger Forum unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern drei attraktive Preise.
9. Die „aktiven Pausen“ zwischen den Veranstaltungsteilen nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Erfahrungsaustausch.
10. Helmut Plötz, Sänger der Band „Early Birds“, begeisterte das Publikum mit Hits aus den 60ern und 70ern beim traditionellen „Berliner Abend“.

Fotos: Simone Neumann

7.



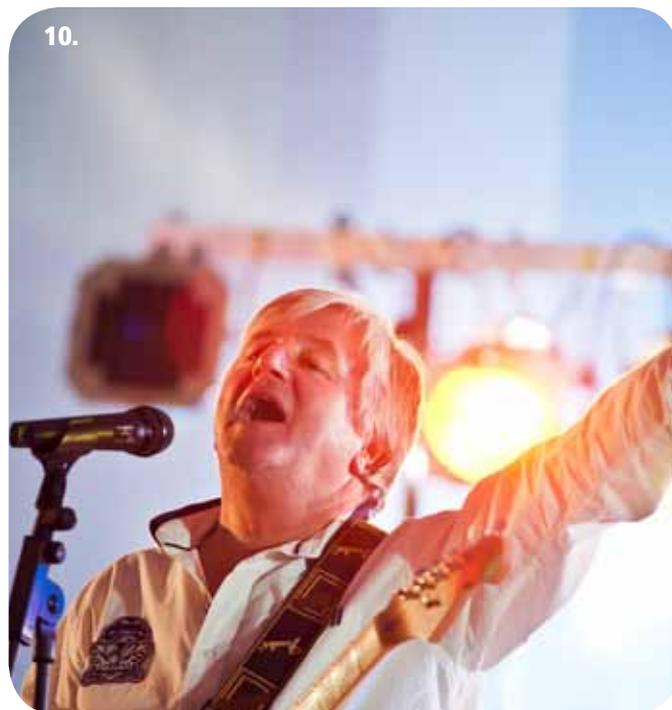
8.



9.



10.



15. Schöneberger Forum am 28. und 29. November 2012

## Bürgerbeteiligung und öffentlicher Dienst – Zwischen Demokratisierung und Arbeitsverdichtung

Angesichts von kommunalen Beteiligungsverfahren, einer Vielzahl von Protesten im Rahmen von Planungsverfahren und teils neuartigen Beteiligungsformen (z. B. Stuttgart 21) erlebt die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern am Handeln der öffentlichen Hand eine besondere öffentliche Aufmerksamkeit.

Andererseits führt der teilweise Rückzug des Staates aus Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge dazu, dass ursprünglich öffentliche Dienstleistungen durch ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement kompensiert werden (müssen). Daraus ergeben sich Rückwirkungen für die Arbeit im öffentlichen Dienst und die politischen Entscheidungsprozesse.

Weder Bürgerbeteiligung noch ehrenamtliches Engagement taugen als Kompensation für Angebote des öffentlichen Dienstes. Beteiligung kann aber zu einer höheren Passgenauigkeit der Aufgabenerfüllung führen und lässt sich von ehrenamtlichem Engagement abgrenzen. Öffentliches Handeln muss zudem auch auf eine gerechte Verteilung von Beteiligungschancen hinwirken. ■



[www.schoeneberger-forum.de](http://www.schoeneberger-forum.de)

### Vorgesehen Themenbereiche

- Neue Formen der Beteiligung, insbesondere durch E-Government
- Planungsverfahren bei Großprojekten auf der Landes- und Bundesebene
- Beteiligung von Eltern, Schülerinnen, Schülern und Studierenden im Bildungs-Bereich
- Sicherheitspartnerschaften im kommunalen Bereich, aber auch
- Klientenreaktionen bei öffentlich verantworteten Leistungen, z. B. bei der Bahn und Kundenzufriedenheitsanalysen insgesamt
- Demografie: Folgen für die Personalpolitik der öffentlichen Hand.



# Meldungen

Bund

## Gesunde Mahlzeit

In den Kantinen von Dienststellen des Bundes kommt jetzt gesundes Essen auf den Tisch. Ab sofort sind alle Kantinen, Restaurants und Cafeterias verpflichtet, bei der Verpflegung die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung einzuhalten. Damit soll sichergestellt werden, dass in diesen Kantinen mindestens ein Menü angeboten wird, das ernährungsphysiologisch ausgewogen ist. So schreibt es die Richtlinie für Kantinen vor. Das Bundesinnenministerium hat sie per Rundschreiben an „zeitgemäße und gesundheitlich förderliche Anforderungen an Mittagsmahlzeiten“ angepasst. Bislang sah die Kantinenrichtlinie vor, dass das Essen „aus Fleisch, Gemüse, Kartoff-



Foto: istockphoto.com/monkeybusinessimages

fein oder anderen gleichwertigen Nahrungsmitteln bestehen“ soll.

„Über gesunde Ernährung darf nicht nur geredet, sie muss auch gelebt werden“, sagte Bundesernährungsministerin Ilse Aigner (CSU). „Die öffentliche Hand mit ihrer Vorbildfunktion trägt eine besondere Verantwortung, wenn es um ausgewogene Ernährung geht.“ Aigner begrüßte die Neuerung als „vorbildlich“ und er-

hofft sich davon auch „ein Signal an alle Betreiber von Kantinen und Betriebsrestaurants“. ■

## Personalpolitik soll sich auf ältere Beschäftigte ausrichten

Die alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung bekommt in der Bundesverwaltung in Zukunft größere Bedeutung. Das folgert die Bundesregierung aus ihrem Demographiebericht. Wie die Erhebung zeigt, sind die Beschäftigten in der Bundesverwaltung mit durchschnittlich 45 Jahren bereits älter als andere Erwerbstätige. Im Jahr 2025 wird der Anteil der über 50-Jährigen voraussichtlich auf 41,4 Prozent gewachsen sein.

„Der Anteil der älteren Beschäftigten wird noch verstärkt durch den haushaltsbedingten Personalabbau, den die Verwaltung als Beitrag zum Schuldenabbau zu erbringen hat“, heißt es im Bericht. Bis 2014 sollen 10.000 Stellen wegfallen. „Der Spielraum für Neueinstellungen wird somit geringer“, halten die Verfasser fest. Die Personalpolitik solle darauf ausgerichtet sein, die heutigen Beschäftigten zu binden und „vor allem auch die Belange älterer Beschäftigter in den Blick zu nehmen“. Arbeitsgestaltung ist Teil dieser Politik. Laut Demographiebericht bietet die Bundesverwaltung eine Vielzahl von Möglichkeiten, um auf sich ändernde Anforderungen Rücksicht zu nehmen: Arbeitszeitmodelle, besondere Altersgrenzen, zusätzlichen Urlaub oder Sabbatjahre. Zu einer „demographiegerechten Personalpolitik“ zählen die Verfasser außerdem Arbeitsschutz, Gesundheitsmanagement und lebenslanges Lernen. „Sichere und gesunde Arbeitsbedingungen sorgen dafür, dass Beschäftigte in jeder Phase ihres beruflichen Lebens leistungsfähig bleiben“, schreiben sie. Jungen Beschäftigten ebenso wie älteren sollen „über die gesamte Dauer der beruflichen Tätigkeit Entwicklungsperspektiven eröffnet werden“. Personalentwicklung soll erkennen, wenn sich die Anforderungen an das nötige Fachwissen ändern und Fortbildungen sicherstellen. Lernbereitschaft und Lernfä-

higkeit sollen während des gesamten Berufslebens gewahrt bleiben. Vermeiden will die Bundesregierung, dass mit dem Ausscheiden älterer Beschäftigter aus dem Dienst „wertvolles Erfahrungswissen“ verloren geht.

Der DGB bewertet die dargestellten Ziele positiv, die Belange der älteren Beschäftigten in den Blick zu nehmen und Gesundheitsmanagement zu einem festen Bestandteil der Personalpolitik zu machen. „Wir begrüßen, dass gewerkschaftliche Forderungen aufgegriffen werden“, sagte die stellvertretende Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Mit Sorge sieht sie allerdings, dass die Zahl der Beschäftigten weiter sinken soll. Der Personalabbau, der laut Demographiebericht seit Anfang der 1990er Jahre die Zahl der Beschäftigten um 30 Prozent verringert hat, beeinträchtigt langfristiges und gesundes Arbeiten. Sehrbrock führte die Untersuchung des DGB-Index Gute Arbeit an: 34 Prozent der befragten Beschäftigten im öffentlichen Dienst können sich nicht vorstellen, gesund in den Ruhestand zu gehen. ■

Bahn

## Gewerkschaft fordert mehr Mitarbeiter für Bundesamt

Das Eisenbahn-Bundesamt braucht mehr Personal. Das fordert die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft. „Die Personalsituation im EBA ist bis zum Äußersten gespannt“, schildert Vorstandsmitglied Martin Burkert die Verhältnisse. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen. Seit der Gründung der Behörde 1994 habe die Personalausstattung um 20 Prozent abgenommen, sagte Burkert – bei zunehmenden Aufgaben. Hinzu gekommen sei eine Kundenbeschwerdestelle und die Ausgabe von Sicherheitsbescheinigungen und Führerscheinen. „Mehr Personal würde nicht nur mehr Sicherheit bedeuten, sondern auch schnellere Abläufe“, ist der Gewerkschafter überzeugt. Er setzt sich auch dafür ein, Fach-

# Meldungen

kräfte fest einzustellen, die in den vergangenen Jahren für Entlastung im EBA gesorgt hätten. Sie waren im Rahmen der Konjunkturpakete der Bundesregierung vorübergehend eingesetzt worden. „Sie haben hier Wissen erworben und auch eigenes Wissen eingebracht. Man täte gut daran, dieses Wissen langfristig zu sichern und diese Beschäftigten fest einzustellen“, betont Burkert. Um die Motivation aller Beschäftigten zu erhöhen, verlangt er eine bessere Beförderungssituation. Forderungen, dem EBA die technischen Prüfungen zu entziehen und beim TÜV anzusiedeln, wies Burkert zurück. „Das wäre das letzte, was die EBA-Beschäftigten verdient hätten: dass sie zum Dank für ihren Einsatz für die Sicherheit noch durch die Verlagerung ihrer Jobs bestraft werden.“ ■



Foto: digitalstock.de/Kzenon

## **Beihilfe zahlt nur noch feste Honorare für Heilpraktiker**

Die Beihilfe der Bundesbeamtinnen und -beamten hat Honorare für Leistungen von Heilpraktikern festgesetzt. Sie übernimmt nur noch Kosten für Behandlungen bei Therapeuten, die diese Beträge berechnen. Der Bund hat dazu eine Vereinbarung mit den Heilpraktikerverbänden getroffen. Demnach sollen Heilpraktiker den Beihilfeberechtigten „keine anderen und keine höheren“ als die aufgeführten Ho-

norare berechnen, wie das Bundesinnenministerium (BMI) mitteilt. Die Verbände haben sich laut Ministerium verpflichtet, Patienten auf Nachfrage mindestens eine Person im Bereich ihres Wohnortes zu nennen, die zu diesen Sätzen behandelt. „Damit sind Heilpraktikerleistungen bundesweit zu diesen Honoraren tatsächlich zu erlangen“, informiert das BMI. Die Beamten sollen zu Beginn der Behandlung auf die vereinbarten Honorare hinweisen. ■

## Keine Versicherung ist wie die andere.

Wenn es um die Finanzierung Ihrer Wünsche geht –  
**NÜRNBERGER**  
Beamtendarlehen.

Schutz und Sicherheit im Zeichen der Burg

**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNGSGRUPPE  
seit 1884

Finanzdienstleister für den Öffentlichen Dienst

**NÜRNBERGER** Beamten Lebensversicherung AG  
Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg  
Telefon 0911 531-4871, Fax -814871  
MBoeD@nuernberger.de, [www.nuernberger.de](http://www.nuernberger.de)



# Aus den Ländern



**Länder und Kommunen haben durch steigende Steuereinnahmen wieder mehr Geld zur Verfügung. Die Kürzungen bei den Beamtinnen und Beamten wollen sie dennoch nicht zurücknehmen.**

Mehrere Bundesländer prognostizieren steigende Steuereinnahmen für dieses Jahr. Durch eine bessere Konjunktur erwartet Niedersachsen Mehreinnahmen in Höhe von 399 Millionen Euro. In Hamburg sind die Steuereinnahmen um 730 Millionen Euro gestiegen. Für Schleswig-Holstein meldet Finanzminister Rainer Wiegard (CDU): „Wir haben in den ersten drei Quartalen des Jahres 582 Millionen Euro weniger Defizit als im Vorjahr. Damit haben wir im laufenden Haushalt den geplanten Fehlbetrag halbiert.“ Auch für das Gesamtjahr ist er optimistisch: Wenn die wirtschaftliche Entwicklung anhalte, könne „der Fehlbetrag auch im Gesamtergebnis etwa halbiert werden“. Geplant ist ein Defizit von 1,19 Milliarden Euro.

Für Mecklenburg-Vorpommern rechnen die Steuerschätzer mit Steuereinnahmen von 5,27 Milliarden Euro, einer Verbesserung gegenüber der Mai-Steuerschätzung in Höhe von gut 60 Millionen Euro. Auch in den Kommunen hat sich die Finanzsituation verbessert. Sie nehmen

## Beamte fordern Geld zurück

### Verzicht auf Sonderzahlung trotz steigender Einnahmen der Länder

voraussichtlich 822 Millionen Euro und damit 65 Millionen Euro mehr ein als im Vorjahr. Da die Steuereinnahmen des Landes steigen werden, erhalten die Kommunen laut Finanzministerin Heike Polzin (SPD) auch mehr Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich des Landes. Sie beziffert den Betrag auf 1,96 Millionen Euro. Im Saarland und seinen Kommunen entwickeln sich die Steuereinnahmen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise besser als das Finanzministerium erwartete. Im Land sei mit Mehreinnahmen von rund 100 Millionen Euro zu rechnen, in den Kommunen mit 54 Millionen Euro.

### DGB. Streichung ist verfassungswidrig

Von der positiven Entwicklung sollten nach Meinung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes jetzt auch diejenigen profitieren, die bislang von Haushaltskürzungen betroffen waren. In Hamburg gingen 5.000 Beamtinnen und Beamte auf die Straße, um dagegen zu protestieren, dass das Weihnachtsgeld gekürzt und für einige Besoldungsgruppen sogar gestrichen wurde. In Niedersachsen fordern Feuerwehrlaute, Polizisten und Lehrer mit einer Tan-



Beeindruckend: Über 5.000 Beamtinnen und Beamte, Pensionäre und Tarifbeschäftigte demonstrierten gemeinsam am 26. November 2011 in Hamburg gegen die Streichung des Weihnachtsgeldes. Foto: DGB-Nord

nenbaumaktion ihr Weihnachts- und Urlaubsgeld von Finanzminister Hartmut Möllring (CDU) zurück.

Auch Sachsen will in diesem Jahr den 32.000 Landesbeamtinnen und -beamten kein Weihnachtsgeld mehr zahlen. Der DGB ruft die Betroffenen mit der Aktion „Da fehlt was!“ auf zu widersprechen. „Mit der Streichung des Weihnachtsgeldes wird eine erhebliche Absenkung der Realeinkommen von Polizisten, Feuerwehrlaute, Justizangestellten und Verwaltungsbeamten durchgesetzt, die nicht verfassungsgemäß ist“, sagt der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Markus Schlimbach. „Für geringe Einkommen bedeutet das eine Kürzung von vier Prozent des Jahreseinkommens. Eine Besoldung nach Kassenlage ist unserer Meinung nach verfassungswidrig.“ Außerdem hätten sich die Haushaltseinnahmen deutlich geändert: „Die Steuereinnahmen sprudeln, der eine Koalitionspartner faselt sogar schon davon, die Steuern weiter zu senken“, stellt Schlimbach fest bezogen auf CDU-Ministerpräsident Stanislaw Tillich.

### „Wohlstand ist nicht ausgebrochen“

Schleswig-Holsteins Finanzminister Wiegard jedenfalls bleibt bei seinem Konsolidierungskurs: Das positive Zwischenergebnis ändere nichts daran. Sein Ziel sei es, möglichst schnell einen Haushalt ohne neue Schulden zu finanzieren, sagte er. Entgegen anders lautenden Forderungen werde die Kürzung bei den Sonderzahlungen für Beamte strikt beibehalten, bekräftigte der Minister. Die Beamten leisteten damit einen erheblichen Einkommensverzicht von mehr als 100 Millionen Euro jährlich, merkte er an. Kein Verständnis zeigte der Politiker für den Bund und Länder, die hier bereits wieder ein Ausgabeverhalten demonstrierten, „als ob der Wohlstand ausgebrochen ist“. Wiegard betonte: „Das ist aber trotz der steuerlichen Entwicklung nicht der Fall.“ Der saarländische Finanzminister Peter Jacoby (CDU) beugte „zusätzlichen Ausgabenwünschen“ bereits vor: die prognostizierten Steuermehreinnahmen stünden dafür nicht zur Verfügung. ■

Baden-Württemberg

## DGB weist „Angriff auf Beamten-einkommen“ zurück

Die Beamten in Baden-Württemberg sollen einen Beitrag von 130 Millionen Euro zu einem ausgeglichenen Haushalt leisten. Rund 100 Millionen Euro soll die Verschiebung der Anpassung der Besoldung an die Tarifeinkommen bringen. „Darüber hinaus wollen wir durch Anpassungen bei den Beihilferegelungen rund 30 Millionen Euro einsparen“, gaben die Regierungspartner Winfried Kretschmann (Grüne) und Nils Schmid (SPD) vor. Mit den Spitzenverbänden der Gewerkschaften wollen Ministerpräsident und Finanzminister im kommenden Jahr einen „Dialog über strukturelle Einsparmaßnahmen“ beginnen. Sie kündigten bereits eine Aufgabenkritik in der Landesverwaltung an. DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf reagierte empört: Der Dialog müsse am Anfang der Haushaltssanierung stehen. Die Landesregierung betrachte die Beamtengehälter offensichtlich als Verfügungsmasse. Er forderte, „dass die Landesregierung auf diesen einseitigen Angriff auf die Beamteneinkommen verzichtet“. Unterstützung kommt von der Opposition im Landtag: „Die Landesbeamten müssen mit ihrem Sparopfer darunter leiden, dass es der Finanzminister trotz immenser Steuermehreinnahmen nicht schafft, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen“, sagte der CDU-Abgeordnete Klaus Herrmann. „Das Sparopfer ist völlig unnötig.“ ■

Bayern

## Minister: Keine Entscheidung gegen Job-Ticket

Am Rande des Exklusiven Abends für den öffentlichen Dienst der BBBank demonstrierten Beschäftigte der Stadtverwaltung Nürnberg und der Gewerkschaft ver.di gegen die Entscheidung des bayerischen Staatsministers des Innern zum Jobticket. Joachim Herrmann (CSU) hatte der von Personalrat und der Stadt Nürn-



ver.di-Demonstranten im Gespräch mit dem Bayerischen Staatsminister des Innern Joachim Herrmann. Foto: Eduard Fiegel

berg getroffenen Vereinbarung für ein Job-Ticket die Genehmigung verweigert. Mit der Fahrkarte könnten Beschäftigte öffentliche Verkehrsmittel vergünstigt nutzen. Der Minister hat den Demonstranten zugesagt, den Vorgang weiter zu prüfen. Ferner wies er darauf hin, dass er keine Entscheidung gegen das Job-Ticket getroffen habe. Es gehe ihm darum, dass es keinen kommunalen Alleingang geben könne. Außerdem sei noch die Frage der Zuständigkeit zu prüfen. ■

Berlin

## Koalition lässt Zukunft öffentlicher Dienste offen

Der DGB vermisst im Berliner Koalitionsvertrag klare Aussagen zur Zukunft und Gestaltung öffentlicher Dienste. Der Senat bekenne sich zur öffentlichen Daseinsvorsorge, er lasse jedoch offen, unter welchen Bedingungen die Leistungen erbracht werden sollen, sagt die Bezirksvorsitzende Doro Zinke. Allgemein heißt es in der Regierungsvereinbarung von SPD und CDU zum öffentlichen Dienst: „Wir werden die Verwaltung modernisieren, Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst gewinnen und Personal verantwortungsbewusst reduzieren“. Die Senatsverwaltungen sollen jährlich 3,1 Prozent des Personals abbauen. Ausgliederungen schließen SPD und CDU nicht aus. Eine Rückgabe in kommunale Hand werde lediglich für „unrealistische Großprojekte“ und nicht für soziale Leistungen vorgeschlagen, bemängelt Zinke. Die Koalition will weiter über den Rückkauf privater Anteile an den Wasserbetrieben verhandeln. Klare Aussagen vermisst Zinke auch zu den Arbeitsbedingungen der Lehrer. „Lebensarbeitszeitkon-

ten sollen abgebaut werden, ohne dass erkennbar wird, was die Alternative ist.“ ■

Brandenburg

## Pensionsalter steigt nicht schon ab 2019

Brandenburgs Beamtinnen und Beamte müssen nicht schon von 2019 an länger bis zur Pensionierung arbeiten. Die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag der rot-roten Landesregierung soll nicht umgesetzt werden. Die Gewerkschaften lehnen die Erhöhung des Pensionsalters von 65 auf 67 Jahre generell ab. In Brandenburg hätte die Umstellung zudem zehn Jahre früher begonnen als im Bund. ■

Bremen

## Schüler und Lehrer protestieren, „weil man uns die Bildung klaut“

An Demonstrationen für höhere Bildungsausgaben haben sich in Bremen am 15. November laut GEW 5.000 Menschen beteiligt. Auf-



5.000 SchülerInnen, Studierende, Eltern und PädagogInnen gingen gemeinsam für höhere Bildungsausgaben in Bremen auf die Straße. Foto: GEW Bremen

# Aus den Ländern

gerufen zu verschiedenen Aktionen hatte das „Bündnis für Bildung“, in dem sich GEW, Eltern, Schüler und Lehrer zusammengeschlossen haben. „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“, tönte es bei einem Sternmarsch der Schülervertretung durch die Innenstadt. Zu einer Personalversammlung hatten sich Lehrerinnen und Lehrer im Kulturzentrum Schlachthof zusammengefunden. Petra Lichtenberg vom GEW-Landesvorstand gab dort als Ziel aus: „Wir wollen Arbeitsbedingungen, die es uns ermöglichen, unsere Schüler und Schülerinnen bestmöglich zu unterrichten, zu unterstützen und zu fördern und die es uns ermöglichen, gesund und motiviert eine gute Arbeit zu machen.“ Zur Haushaltskonsolidierung muss das Bildungsressort Einsparungen von 1,2 Prozent erzielen, 1.500 Unterrichtsstunden wurden gestrichen. ■

## Hamburg

### Personalbedarf sinkt

Das Hamburger Personalamt rechnet damit, dass bis zum Jahr 2018 weniger Personal gebraucht wird. Laut Prognose des Personalberichts 2011 sinkt der Personalbedarf um 0,7 Prozent, das wären 267 Beschäftigte weniger. Polizei und Feuerwehr sind in der Planung ausgenommen. „In der allgemeinen Verwaltung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Rationalisierungsmaßnahmen (vor allem bei den Bezirksämtern) ausgeschöpft seien“, vermerkt der Bericht. Falls die Verwaltung jünger werden soll, „so wäre in den kommenden Jahren ein konstant offensives Ausbildungs- und Übernahmeverhalten aller Behörden und Ämter erforderlich“, heißt es. Von „entscheidender Bedeutung“ sei, dass mit den Auszubildenden frühzeitig Arbeitskräfte gebunden werden können, „die man später über den externen Arbeitsmarkt nicht mehr beziehungsweise zu wesentlich höheren Vergütungen bekommt“. Der Bericht beschreibt derzeit eine Schiefelage in der Altersstruktur: einem relativ hohen Anteil älterer Beschäftigter stehe ein

relativ geringer Anteil junger gegenüber. Das Durchschnittsalter beträgt 46 Jahre. ■

## Hessen

### Verfassungsgericht prüft Professorenbesoldung

Über die Frage einer angemessenen Bezahlung für Beamtinnen und Beamte verhandelt derzeit das Bundesverfassungsgericht. Im Ausgangsverfahren vor dem Gießener Verwaltungsgericht hatte ein Professor aus Marburg geklagt. Verfassungsgerichtspräsident Andreas Voßkuhle machte deutlich, das Verfahren sei wegweisend für andere Streitigkeiten vor Gericht über die Besoldung. Voßkuhle sagte, das Alimentationsprinzip, wonach Beamte angemessen bezahlt werden müssen, sei „zentraler Bestandteil der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“. Hessens Innenminister Boris Rhein (CDU) sprach von einer Sonderrolle der Hochschullehrer. Sie arbeiteten in hohem Maße selbstbestimmt im Gegensatz zu anderen, weisungsgebundenen Beamten. Das warf für Richter Udo Di Fabio die Frage auf, ob ein Beamter, der Entscheidungsspielräume hat, mehr Geld bekommen muss. Der Kläger war 2005 mit einem Grundgehalt von 3890,03 Euro eingestellt worden. Dazu kamen Leistungsbezüge von 23,72 Euro. Im Schnitt allerdings liege das Grundgehalt in der Besoldungsgruppe W2 bei 4.200 Euro, sagte ein Mitarbeiter des Statistischen Bundesamts in der Verhandlung. Dazu kommen monatlich rund 200 Euro Familien- und etwa 900 Euro Leistungszulagen. Die Professorenbesoldung war 2002 reformiert worden. Seit 2005 bekommen neu eingestellte Hochschullehrerinnen und -lehrer ein Grundgehalt und frei verhandelbare Zulagen. „Der Staat muss die Möglichkeit haben, um die klügsten Köpfe zu werben“, sagte Minister Rhein vor Gericht. Die Bezahlung in den neuen Besoldungsgruppen liegt zum Teil deutlich unter den alten Sätzen. DGB-Beamtensekretär Dr. Karsten Schneider hält es für völlig unange-



Foto: istockphoto.de/vm

messen, „dass die neue W-Besoldung im Vergleich zur früheren C-Besoldung für Professorinnen und Professoren um 25 Prozent abgesenkt wurde. Hier zeigt sich einmal mehr, wie sehr die Vorgabe der Kostenneutralität von Reformmaßnahmen zur Bremse für die Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes wird.“ Mit einer Entscheidung des Gerichts ist im Winter zu rechnen. ■

## Mecklenburg-Vorpommern

### Besoldung soll im Dezember steigen

Die im Frühjahr mit den Gewerkschaften vereinbarte Besoldungserhöhung soll in Mecklenburg-Vorpommern jetzt umgesetzt werden. Ein Entwurf zur Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten ist im Landtag eingebracht worden. Das Gesetzgebungsverfahren hatte sich durch die Landtagswahl verzögert. Finanzministerin Heike Polzin (SPD) hatte den Gewerkschaften zugesagt, dass das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich übernommen werde. „Die Finanzministerin hält Wort“, vermerkte die GdP. Die Bezüge würden zunächst um 1,5 Prozent und weitere 1,9 Prozent im kommenden Jahr steigen. Im Dezember soll es eine Abschlagszahlung geben. Auch die Bezüge der Ruheständler werden angepasst, jedoch ohne die Einmalzahlung. ■

Niedersachsen

## Weniger Pension bei frühem Ruhestand

Niedersächsische Beamtinnen und Beamte können in Zukunft bis zum Alter von 70 Jahren arbeiten. Das vom Landtag geänderte Versorgungsgesetz ermöglicht ihnen einen flexiblen Eintritt in den Ruhestand. Der DGB begrüßt den Beschluss. Er kritisiert allerdings die Versorgungsabschlüsse für Beamtinnen und Beamte, die vor dem 67. Lebensjahr aus dem Dienst ausscheiden. „Wer mit 60 in Pension gehen will, wird deutliche Pensionskürzungen hinnehmen müssen, im Extremfall über 25 Prozent“, beanstandet der Landesvorsitzende Hartmut Tölle. „Deshalb befürchten wir, dass das neue Modell ein Rohrkrepierer wird.“ Der DGB ist nicht einverstanden damit, dass auch die Pension mit 67 Jahren eingeführt wurde. „De facto ist die Pension mit 67 eine Kürzung der Altersbezüge. Das zeigt die mangelnde Wertschätzung der Landesregierung für die Beschäftigten“, sagt Tölle. Die besonderen Altersgrenzen für Beschäftigte bei Polizei, Feuerwehr und im Justizvollzug bleiben. Die Zulagen für diese Dienste sind jedoch nicht ruhegehaltstauglich, wie der DGB kritisiert. Auch die Wiedereinführung der Altersteilzeit sieht er nicht uneingeschränkt positiv. Viele Beschäftigungsbereiche wie die Polizei bleiben ausgegrenzt oder die Regelung ist für sie finanziell nicht attraktiv. Sie ermöglicht eine Teilzeitbeschäftigung ab dem 60. Lebensjahr. ■

Nordrhein-Westfalen

## Stopp der Beförderungen aufgehoben

Kommunale Beamtinnen und Beamte in Nordrhein-Westfalen können wieder befördert werden. Das Innenministerium hat den Beförderungsstopp in verschuldeten Kommunen, die unter Haushaltsaufsicht stehen, aufgehoben. Sie können „im Einzelfall“ Beförderungen und Zulagen genehmigen. Beschäftigte,



3.500 Beamtinnen und Beamten demonstrieren vor dem rheinland-pfälzischen Landtag. Sie wehren sich gegen die Deckelung der Besoldung auf ein Prozent und Kürzungen bei der Beihilfe und dem Familienzuschlag zur Gegenfinanzierung. Foto: Benz

besonders Feuerwehrleute, hatten gegen die aufgeschobenen Beförderungen protestiert. „Wir haben immer wieder gefordert, endlich die unsägliche Beförderungssituation in den Städten und Gemeinden im Nothaushalt aufzulösen“, berichtet ver.di. Die kommunale Finanznot habe für viele Beamtinnen und Beamte „sehr unmittelbare finanzielle Folgen“. Selbst eine Härtelösung für Beschäftigte, die kurz vor der Pensionierung stehen, gebe es nicht. ■

Rheinland-Pfalz

## Beamte demonstrieren gegen Gesetz

3.500 Beamte und Pensionäre haben am 3. November in Mainz gegen Sparpläne der Landesregierung demonstriert. Sie lehnten es ab, eine Erhöhung ihrer Einkommen selbst finanzieren zu müssen. Die rheinland-pfälzische Regierung will die Besoldung in den kommenden fünf Jahren um je ein Prozent anheben. Gleichzeitig sind mit dem „Ersten Dienstrechtsänderungsgesetz zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung“ Kürzungen bei Beihilfe und Besoldung geplant. DGB und Beamtenbund hatten zur Demonstration aus Anlass der Anhörung zum Gesetzentwurf im Haushaltsausschuss aufgerufen. DGB-Landeschef Dietmar Muscheid machte klar: „Wer qualitativ hochwertige Leistungen von seinen Beschäftigten verlangt, muss sie auch ent-

sprechend bezahlen.“ Stellenabbau und Deckelung der Besoldung seien kein zukunftsfähiges Konzept für den öffentlichen Dienst. Per Postkartenaufdruck taten Mitglieder von GdP und ver.di kund, dass sie sich nicht auspressen lassen wollen wie eine Zitrone. Sie übergaben die Karten dem Finanzminister. ■

Saarland

## Lehrernachwuchs soll wieder mehr Geld bekommen

Das saarländische Kabinett hat beschlossen, Gehaltseinschnitte für junge Lehrerinnen und Lehrer zurückzunehmen. Bei der Einstellung von Berufsschullehrern soll die Absenkung der Eingangsbesoldung aufgehoben werden. Aus Sicht der GEW kann das nur ein erster Schritt sein. Auch neue Berufsschullehrer, die bereits im Dienst sind, „müssen wieder ihre reguläre Besoldung erhalten“, fordert der Landesvorsitzende Peter Balnis. Er setzt sich auch dafür ein, dass die Kürzung der Eingangsbesoldung bei allen Lehrern zurückgenommen wird. „Wenn eine Absenkung je nach Bewerberlage eingeführt beziehungsweise zurückgenommen wird, wird das Saarland für junge Lehrkräfte unattraktiv“, befürchtet Balnis. Die Einschnitte hätten zu Verunsicherung und Ärger geführt. Nach Angaben der GEW nahmen zu Schuljahresbeginn allein an den Berufsschulen 25 Prozent der Bewerber die angebotene Stelle nicht an. ■

# Aus den Ländern

## Sachsen

### Höhere Zulagen für Dienst in der Nacht und an Wochenenden

Das sächsische Kabinett hat höhere Erschwerungszulagen für Beamtinnen und Beamte beschlossen. Der Stundensatz für Dienst zu ungünstigen Zeiten soll bei Sonn- und Feiertagsarbeit von 2,72 auf 3,20 Euro steigen, bei Nachtarbeit von 1,28 auf 1,60 Euro. Die Zulage erhalten laut Mitteilung des Finanzministeriums alle Beamten der Besoldungsordnung A, die an Sonn- und Feiertagen, samstags und nachts zwischen 20 und 6 Uhr arbeiten müssen. Die sächsische Erschwerungszulagenverordnung löst die Verordnung des Bundes ab und erhöht auch die Zulage für Polizisten in mobilen und Sondereinsatzkommandos von monatlich 153,39 auf 225 Euro. Diese Zulage sollen künftig auch Personenschützer erhalten. „Die Änderung hat zum Ziel, die mit dem Dienst zu ungünstigen Zeiten einhergehende erhebliche Beeinträchtigung des sozialen und familiären Lebens deutlicher als bisher zu honorieren“, formuliert das Ministerium. Außerdem soll es einen größeren finanziellen Ausgleich für die erhöhte Gefahr in Spezialeinsätzen geben. ■

## Sachsen-Anhalt

### GEW: Altersteilzeit soll Personalabbau beschleunigen

Mit freiwilliger Teilzeit und Altersteilzeit will die Landesregierung nach Einschätzung der GEW den Personalabbau in Sachsen-Anhalt beschleunigen. Die Altersabgänge reichten nicht aus, um die Ziele des Personalabbaus zu erreichen, berichtet die GEW nach dem Beginn der Verhandlungen über freiwillige Teilzeit und einen neuen Tarifvertrag zur Altersteilzeit. „Offenkundig liegt die Motivation der Landesregierung zur Führung dieser Tarifverhandlungen einzig und allein im weiteren Personalabbau“, stellt die Gewerkschaft fest. Die Verhandlungen zeigte laut GEW, dass die

Regierung fast keine Möglichkeiten sieht, „in nennenswertem Umfang“ zusätzliche Neueinstellungen zu schaffen, wenn Beschäftigte freiwillig weniger arbeiten. Das ist eine wesentliche Forderung der GEW. Die Vertreter des Finanzministeriums deuteten an, dass bei der Altersteilzeit das bisherige Niveau von 83 Prozent der Nettobezüge und 90 Prozent der Einzahlungen in die Rentenkasse kaum zu halten sei. Hier müsse die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zustimmen. Diese orientiere sich jedoch am Niveau der Regelung des Altersteilzeitgesetzes, die deutlich schlechter sei als der bisherige Altersteilzeit-Tarifvertrag, teilt die GEW mit. ■

## Schleswig-Holstein

### Streikteilnehmer nur noch zwei Jahre vorbelastet

Die Bewährungszeit für Lehrerinnen und Lehrer aus Schleswig-Holstein, die im Juni 2010 gestreikt hatten, hat sich verkürzt. Verweise oder Geldbußen, die den Beamten wegen des Streiks auferlegt worden waren, sollen schon nach zwei Jahren kein Hinderungsgrund mehr für mögliche Beförderungen sein, kündigte Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug (FDP) an. Im Regelfall wären die Betroffenen drei Jahre lang belastet gewesen. Diese höchstmögliche



Foto: GEW Baden-Württemberg

Bewährungszeit halte er in diesen Fälle für unverhältnismäßig, sagte Klug. Der Minister betonte, die Mehrheit der Bestraften habe sich zuvor nie etwas zu Schulden kommen lassen. Er ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass die Teilnahme am Streik rechtswidrig und die Disziplinarmaßnahmen zwingend gewesen seien. Die Streikenden hatten gegen Stellenabbau und längere Arbeitszeiten protestiert. Die GEW hatte die Bestrafung als unverhältnismäßig kritisiert. Sie forderte den Minister jetzt auf, die Bewährungszeit sofort enden zu lassen. „Dann könnten zum Beispiel betroffene Bewerberinnen und Bewerber für Beförderungstellen problemlos in Bewerbungsverfahren einsteigen“, sagte der Landesvorsitzende Matthias Heidn. So wirke der Entschluss nur wie ein Ablenkungsmanöver von Klugs verfehlter Politik. ■

## Thüringen

### Besoldung steigt nicht zeitgleich mit Tarif

Thüringens Beamtinnen und Beamte erhalten erst mit Verzögerung höhere Bezüge. Die Landesregierung hat das Tarifergebnis für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nicht zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten übertragen. Sie bekommen sechs Monate nach den Tarifbeschäftigten rückwirkend ab 1. Oktober eine Besoldungserhöhung von 1,5 Prozent. Die zweite Abhebung um 1,9 Prozent folgt nicht ab 1. Januar, sondern ab 1. April. Die Einmalzahlung entfällt. Der Familienzuschlag und nur ausgewiesene Zulagen werden ebenfalls angepasst. Der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften hatten sich für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung eingesetzt. Die GdP erklärt: „Die Thüringer Beamtinnen und Beamten sind maßlos enttäuscht.“ Die GEW schlussfolgert: „Das nun vorliegende Ergebnis macht deutlich, dass für zukünftige Tarifkämpfe angestellte und beamtete Kolleginnen und Kollegen viel enger für die gleichen Belange eintreten müssen.“ ■

# INFO-SERVICE

**Als die BBBank 2009 ihre Informationsreihe „Abende für den Öffentlichen Dienst“ bundesweit startete, waren viele gespannt, wie diese kostenlose Dienstleistung bei den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst angenommen wird.**

Direktor für den Öffentlichen Dienst und Initiator dieser Abende, Achim Hoffmann von der BBBank blickt heute zufrieden zurück „Wenn man bundesweit mehrere tausend Besucher hat und die extrem positiven Rückmeldungen betrachtet, kann man nur das Fazit ziehen, dass es gelungen ist, unserem Auftrag als Selbsthilfeeinrichtung gerecht geworden zu sein. Dabei spielt es für uns keine Rolle, ob die Besucher Kunde bzw. Mitglied unserer Bank sind, oder nicht.“



Beliebter Redner Dr. Günter Beckstein mit Achim Hoffmann (links) und Prof. Dr. Wolfgang Müller, Vorstandsvorsitzender der BBBank eG. Fotos: Fiegel

Koschyk, Gerhard Stratthaus bis hin zu Dr. Klaus Kinkel können wir durchaus auch mit Stolz unser Programm präsentieren“, fährt Achim Hoffmann fort.

Schwerpunktthema der BBBank ist dieses Jahr die Versorgung der Beschäftigten. Aufgegriffen werden die Fragen von einer Gesprächsrunde zum Thema der Versorgung, angeführt vom Geschäftsführer des

## Außergewöhnliche Abende für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst

### Attraktives Programm

2011 präsentieren sich 15 Abende bundesweit mit namhaften Rednern. „Ich bin sehr beeindruckt, welche politischen Größen hier spontan bereit sind, diesen Mehrwert für die Beschäftigten mit persönlichem Engagement zu unterstützen. Mit Namen wie Dr. Günther Beckstein, Michael Glos, Joachim Herrmann, Dr. Jürgen Rüttgers, Hartmut

Deutschen Beamtenwirtschaftsrings e.V. Uwe Tillmann. Selbstverständlich spielt hier auch das Altersvorsorgeangebot des DGB zur Riesterförderung „Das RentenPlus“ eine tragende Rolle.

Ausklang findet jeder Abend in einem Informations- und Genussmarktplatz, der viel angenehmen Raum für Gespräche bietet und in der Regel bis in die späten Abendstunden gut besucht ist. ■



Unter den Rednern und Gästen in Berlin waren auch Matthias Schlenzka (DGB-Bundesvorstand), Bernhard Witthaut (Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei) und Hartmut Koschyk (Palamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen) sowie Achim Hoffmann (Direktor für den öffentlichen Dienst bei der BBBank).



Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Dr. Michael Glos referierte in München über die Finanzkrise und lobte die Genossenschaftsbanken.



Dr. Klaus Kinkel (Bundesaußenminister a.D.) sprach in Wiesbaden über die Stellung Deutschlands in einer globalen Welt.



Bei seinem Heimspiel im Kölner Gürzenich beleuchtete Ministerpräsident a.D. Dr. Jürgen Rüttgers die Folgen der Energiewende und der Demografie.



In Nürnberg warb Joachim Herrmann (Bayerischer Staatsminister des Innern) für einen aktiven und gut ausgebildeten öffentlichen Dienst.

## Dr. Klaus Kinkel lobt soziales Engagement

**Dr. Klaus Kinkel, Außenminister und Vizekanzler a. D. spricht über wichtige Themen der Außenpolitik auf dem exklusiven Themenabend rund um den öffentlichen Dienst der BBBank in Wiesbaden.**

Bei dieser Gelegenheit hebt er mit Hochachtung das soziale Engagement der BBBank hervor, zum Schutz von Kindern und Jugendlichen, die unter Missbrauch zu leiden haben. Dr. Klaus Kinkel engagiert sich persönlich sehr stark für missbrauchte Kinder. Sie seien das schwächste Glied in der Kette und bedürfen des besonderen Schutzes, betont Dr. Klaus Kinkel.

„Die BBBank richtet ihre Geschäftspolitik bis heute an den Werten einer Genossenschaftsbank und Selbsthilfeeinrichtung aus, als die sie vor 90 Jahren gegründet wurde. Dazu gehört auch die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung.“



Achim Hoffmann (links) mit Dr. Klaus Kinkel (rechts)

Den Schutz von Kindern und Jugendlichen und zur Förderung ihrer Entwicklung sieht die BBBank als große gesellschaftliche Aufgabe an. Deshalb unterstützt sie auch beständig die Stiftung Hänsel und Gretel, die sich der Hilfe für Kinder als Opfer von Gewalt verschrieben hat. Jedes Kind hat ein Recht auf eine physisch und psychisch gesunde Entwicklung.

Kindergärten, Schulen, Bildungseinrichtungen, Projekte im öffentlichen Sektor und soziale oder karitative Einrichtungen können regelmäßig auf die Unterstützung der BBBank hoffen, denn die dringend benötigte Hilfe kann heute häufig nur mit der Unterstützung von Partnern geleistet werden. Als große Mitgliederbank bekennen wir uns zu unserer gesellschaftlichen Verantwortung und setzen unseren genossenschaftlichen Förderauftrag konsequent um.“

**BB Bank**

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst



Altersvorsorge spezial Teil II

## Neues zur Riester-Rente

Seit 2002 wird die zusätzliche private Altersvorsorge mit der so genannten Riester-Rente staatlich gefördert. Doch auf viele Sparer wirkt die Riester-Rente kompliziert – auch weil sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen mehrfach geändert haben. Über die geplanten Änderungen im Jahr 2012 informiert das „Magazin für Beamtinnen und Beamte“ in dieser Ausgabe.

Die wichtigsten Bausteine der Riester-Förderung sind Zulagen und Steuerersparnisse (siehe Altersvorsorge spezial Teil I, Ausgabe 10/2011). Beides muss vom Sparer beantragt werden. In der Praxis hat sich gezeigt, dass viele Sparer ihre staatlichen Zulagen nicht voll ausschöpfen, weil sie die Zulagen nicht rechtzeitig beantragen. Das wirkt sich am Ende negativ auf die Rentenhöhe aus, denn für das Sparergebnis der Altersvorsorge sind sowohl die Eigenbeiträge als auch die staatlichen Zulagen wichtig.

### Zulage zur Riester-Rente beantragen

Die Zulagen werden dem Sparer nicht direkt ausgezahlt, sondern fließen als Sparanteil in den Altersvorsorgevertrag. Eigenbeitrag des Sparerers und Zulagen bilden so zusammen den Kapitalstock, der in der Ansparphase aufgebaut wird.

Wichtig ist jedoch, die staatlichen Zulagen zu beantragen, damit sie dem Vertrag gutgeschrieben werden können. Grundsätzlich gibt es zwei Wege der Zulagenbeantragung:

### Jährlicher Papierantrag

Der Sparer kann die Zulagen jährlich in Papierform beantragen. Der Riester-Anbieter sendet dem Sparer diesen Antrag jährlich nach Ablauf des Beitragsjahres zu. Der Antrag muss dann von der förderberechtigten Person ausgefüllt und unterschrieben zurückgesendet werden.

### Einmaliger Dauerzulagenantrag

Empfehlenswert ist ein so genannter Dauerzulagenantrag, der eine jährliche Beantragung entbehrlich macht. Er muss nur ein Mal nach Ablauf des ersten Vertragsjahres ausgefüllt und an den Riester-Anbieter geschickt werden. Der Anbieter beantragt dann automatisch jährlich die Zulagen für den Sparer.

Allerdings sollten Veränderungen in der Lebenssituation, die Änderungen der Zulagenberechtigung mit sich bringen könnten, dennoch dem Riester-Anbieter angezeigt werden. Dies gilt insbesondere für Einkommenserhöhungen zum Beispiel im Rahmen von Tarif- und Besoldungs-



## SEMINAR-SERVICE „Beamtensorgungsrecht“

### Von Praktikern für die Praxis: aktuell – kompetent – teilnehmerorientiert

Das Seminar wird vom **INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte** durchgeführt. Im Mittelpunkt steht das aktuelle Versorgungsrecht für Beamtinnen und Beamte. Begrenzte Teilnehmerzahlen garantieren die Möglichkeit einer intensiven Diskussion mit dem Referenten.

Die Teilnahme eignet sich für Mitglieder von **Personalvertretungen** (freigestellte und nichtfreigestellte Personalräte), **Sachbearbeiter** in Behörden und sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes sowie andere am Thema interessierte Menschen (z. B. Vorsorgeberater von Selbsthilfeeinrichtungen). Aber auch **Betriebsräte** der ehemaligen Unternehmen der Deutschen Bundespost (Post AG, Telekom AG) und der Deutschen Bahn AG sowie **Frauenbeauftragte, Gleichstellungsbe-**

**auftragte** und **Vertrauensleute der Schwerbehinderten** erhalten durch dieses Seminar wichtige Informationen für ihre Aufgabengebiete.

**Referent** Dipl. Verw. Uwe Tillmann, Geschäftsführer des Deutschen Beamtenwirtschaftsring e. V. – Der Referent ist Autor mehrerer Fach-Veröffentlichungen zum Thema Beamtenversorgung und Mitautor einiger Ratgeber für Beamte und den öffentlichen Dienst (z. B. Rund ums Geld im öffentlichen Dienst, Rund ums Geld im öffentlichen Sektor, Die Beihilfe, Die Beamtenversorgung, BerufsStart im öffentlichen Dienst, Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte).

► Zu den Terminen und der Anmeldung siehe Seite 23

**INFO-SERVICE**  
Öffentlicher Dienst/Beamte  
www.beamten-informationen.de

# Service

→ erhöhen, denn die Anpassung der Beiträge an das Einkommen ist wichtig, damit keine staatliche Förderung verloren geht.

## Neuregelungen ab 2012

Die Bundesregierung plant eine Reform der Riester-Rente ab 2012.

### Mindesteigenbeitrag von 60 Euro pro Jahr

Zukünftig soll jeder Förderberechtigte – unabhängig von der Art der Förderberechtigung – mindestens 60 Euro pro Jahr in seinen Riester-Vertrag als Eigenbeitrag einzahlen. Das trifft dann auch auf Ehe- und Lebenspartnerinnen und -partner zu, die mittelbar förderberechtigt sind und einen so genannten „abgeleiteten“ Riester-Vertrag für sich abgeschlossen haben. Darüber hinaus können Riester-Sparer, die von der Rückforderung von Zulagen betroffen waren, unter bestimmten Voraussetzungen durch Nachzahlungen auf ihren Riester-Vertrag die volle Zulage rückwirkend erhalten.

### Veränderung des Beginns der Auszahlphase

Die Auszahlphase einer Riester-Rente beginnt für die jetzigen Riester-Sparer frühestens mit Vollendung des 60. Lebensjahrs. Das Renten-anpassungsgesetz sieht ab 2012 hier eine Änderung vor. Künftig beginnt die Auszahlung der Riester-Rente frühestens ab dem 62. Lebensjahr. Altverträge sind von dieser Änderung jedoch nicht betroffen. Wer also noch in diesem Jahr einen Riester-Vertrag abschließt, kann weiterhin von der Option Gebrauch machen, sich die Riester-Rente schon ab dem 60. Lebensjahr auszahlen zu lassen.

### Veränderung der Garantieverzinsung bei Riester-Rentenversicherungen

Für Abschlüsse ab dem 1. Januar 2012 senkt der Gesetzgeber den Garantiezins von Lebens- und Rentenversicherungen auf 1,75 Prozent. Auch von dieser Neuregelung sind bereits bestehende Riester-Verträge nicht betroffen. Wird also ein Riester-Rentenversicherungsvertrag noch bis zum 31. Dezember 2011 abgeschlossen, bleibt es für die gesamte Laufzeit bei der derzeit höheren Garantieverzinsung von 2,25 Prozent. Die Gesamtverzinsung einschließlich der nicht garantierten Überschussbeteiligung ändert sich durch die Absenkung des Garantiezinses aber nicht. ■



Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.Das-RentenPlus.de](http://www.Das-RentenPlus.de)



– Anzeige –

## SEMINAR-SERVICE „Beamtenversorgungsrecht“

**INFO-SERVICE**  
Öffentlicher Dienst/Beamte  
[www.beamten-informationen.de](http://www.beamten-informationen.de)

### Von Praktikern für die Praxis: aktuell – kompetent – teilnehmerorientiert

Die Teilnehmer erhalten während des Seminars themenbezogene Unterlagen, beispielsweise einen Ratgeber zur „Beamtenversorgung in Bund und Ländern“, den aktuellen Text des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) und einen Folienvortrag zum Beamtenversorgungsrecht“.

**Hotel** Die Seminare finden in ausgesuchten Hotels mit günstiger Verkehrsanbindung (Nähe Hauptbahnhof) statt. Tagungsverpflegung ist im Preis enthalten (Kaffee am Vormittag, Lunch und Nachmittagskaffee mit Kuchen/Gebäck).

### Termine

■ Dienstag	24.01.2012	Frankfurt am Main
■ Donnerstag	02.02.2012	Düsseldorf
■ Donnerstag	15.03.2012	Frankfurt am Main
■ Donnerstag	26.04.2012	München
■ Mittwoch	27.06.2012	Berlin
■ Mittwoch	19.09.2012	Frankfurt am Main
■ Dienstag	16.10.2012	Hamburg
■ Donnerstag	18.10.2012	Düsseldorf

### Anmeldung

Ja, ich melde mich verbindlich für das Seminar

am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_ an.

### Absender

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Firma

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

### Kontaktdaten

INFO-SERVICE  
Öffentlicher Dienst/Beamte  
Schulstr. 30c  
67125 Dannstadt-Schauernheim

Telefon: 02 11/72 13 45 71  
Telefax: 02 11/72 13 45 73  
[infoservice@beamten-informationen.de](mailto:infoservice@beamten-informationen.de)  
[www.die-oeffentliche-verwaltung.de](http://www.die-oeffentliche-verwaltung.de)



Ingrid Sehrbrock, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

## Sparen um jeden Preis ist nicht akzeptabel

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Der erst kürzlich von der Bundesregierung veröffentlichte Demographiebericht zeigt, dass in der unmittelbaren Bundesverwaltung seit 1991 der Personalbestand um 30 Prozent gesunken ist. Dennoch hält die Bundesregierung an ihren Plänen fest, bis zum Jahre 2014 weitere 10.000 Stellen in der Bundesverwaltung abzubauen. Dadurch wird auch der Spielraum für Neueinstellungen geringer, mit dem Effekt, dass die Belegschaften im öffentlichen Dienst immer älter werden. Fast 40 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind schon heute älter als 50 Jahre, Tendenz steigend. Das Durchschnittsalter beträgt bereits rund 45 Jahre. Dieser Anteil wird sich noch „durch den haushaltsbedingten Personalabbau“ verstärken, prognostiziert der Demographiebericht.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund sieht die drastischen Einsparmaßnahmen der öffentlichen Arbeitgeber seit langem mit Sorge, denn es ist zu befürchten, dass durch einen weiteren Stellenabbau auch die Arbeitsverdichtung weiter steigt. Nach einer Befragung des DGB-Index Gute Arbeit geht nur jeder zweite Beschäftigte im öffentlichen Dienst davon aus, seine Tätigkeit unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen bis zum Ruhestandsalter ausüben zu können. 34,3 Prozent der Befragten gaben sogar an, dass sie sich unter Berücksichtigung ihres Gesundheitszustandes und der Arbeitsbedingungen nicht vorstellen können, ihre Erwerbsphase gesund zu beenden.

Sparen um jeden Preis auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger ist nicht akzeptabel. Wir müssen die Beschäftigten stärker vor Zeitdruck und Arbeitsverdichtung schützen. Doch die derzeitige Personalpolitik der öffentlichen Arbeitgeber geht genau in die andere Richtung. Der Personalabbau seit Anfang der 90er Jahre führt zu negativen gesundheitlichen Auswirkungen für viele Beschäftigte. Ein deutlicher Indikator dafür ist die signifikante Steigerung der krankheitsbedingten Fehlzeiten in der Bundesverwaltung. Die Quote lag 2008 bereits bei 6,51 Prozent und ist 2009 noch weiter auf über 7 Prozent gestiegen. Dies ist der höchste Anstieg seit 1998. Das bedeutet, dass in der unmittelbaren Bundesverwaltung von den 267.097 Beschäftigten jeden Tag 18.900 krankheitsbedingt fehlen.

Angesichts dieser Entwicklung ist ein deutliches Umdenken notwendig. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen endlich ein adäquates Gesundheitsmanagement einführen, denn es hat sich gezeigt, dass die bisherigen Maßnahmen nicht zum Erfolg führen. Gerade die gesundheitlichen Belange der älter werdenden Beschäftigten im öffentlichen



Dienst müssen berücksichtigt werden. Die wachsende Arbeitsverdichtung durch den Personalabbau der letzten Jahre muss gestoppt werden. Neueinstellungen müssen jetzt erfolgen, denn der Wettbewerb um gute Fachkräfte hat schon begonnen. ■

### Zur Person

- 1948 in Offenbach am Main geboren
- Studium der Anglistik, Politikwissenschaft, Chemie und Pädagogik in Frankfurt/Main
- seit 1987 stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA
- seit 1999 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB
- seit Mai 2006 stellvertretende Vorsitzende des DGB

# Aus den Gewerkschaften

## EVG gibt sich Arbeitsprogramm

**Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) hat auf ihrem „kleinen Gewerkschaftstag“ in Fulda Ende November eine erste Zwischenbilanz nach einem Jahr EVG gezogen. Die Delegierten verabschiedeten ein Grundsatz- und ein Arbeitsprogramm.**

„2011 war das Jahr der Strukturierung, 2012 wird das Jahr der Positionierung werden“, fasste der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner auf dem kleinen Gewerkschaftstag zusammen. Die Bildung der neuen Strukturen der EVG sei gut vorangekommen, so Kirchner, „und es gab dabei weniger Probleme, als wir selbst befürchtet hatten“. Nun aber müsse auch geklärt werden, „wofür die EVG inhaltlich steht“.

dieses Jahres soll das Programm verabschiedet werden. Alexander Kirchner legte Wert darauf, „dass dieses Programm dann nicht in Stein gemeißelt sein wird. Wir wollen es beständig weiterentwickeln“. Auf allen künftigen Gewerkschaftstagen soll das Programm diskutiert und angepasst werden.

Ebenfalls verabschiedeten die Delegierten ein „Arbeitsprogramm“ für 2012. Unter anderem wird es fünf Themen- bzw. Aktionstage geben, an denen die EVG die Probleme und Bedürfnisse einer bestimmten Gruppe von Beschäftigten in den Mittelpunkt rücken will. So wird es unter anderem den Tag des Busfahrers oder den Tag der Beschäftigten mit Migrationshintergrund geben. Diese Tage hatte die EVG erstmals 2011 durchgeführt. „Die Aktionstage und auch die Betriebsbe-



Fotos: EVG



Als Diskussionsgrundlage dafür nahmen die rund 400 Delegierten einen ersten Entwurf für ein Grundsatzprogramm der EVG an. Dieses wird jetzt in den Gremien und den neu gebildeten Landesverbänden diskutiert. Auf dem ersten Ordentlichen Gewerkschaftstag im Herbst

suche des Vorstandes wollen wir zu einem festen Bestandteil unserer gewerkschaftlichen Arbeit machen“, kündigte Kirchner an. „Wir sehen das als ein Instrument, noch mehr Basisnähe und noch mehr Demokratie in unserer Arbeit zu implementieren.“ ■

## Personalia

### Wechsel in der DGB-Beamtenabteilung

Nach ihrer Rückkehr aus der Elternzeit am 1. November ist Lisa Kranz (32) wieder in der Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst



beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes tätig. Sie übernimmt die Bereiche Beamtenversorgung, Beihilfe und Gesundheitsmanagement von Mirjam Muhs, die zum gleichen Zeitpunkt in Elternzeit geht. ■

## Veranstaltungshinweis

### Fachtagung zu Chancen und Formen der Rekommunalisierung

Im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung mit dem DGB-Bundesvorstand werden am 10. Januar 2012 in Berlin Erfahrungen mit Rekommunalisierungsprojekten in den Fokus gerückt. Unter dem Motto „Zurück zur öffentlichen Hand“ soll das Verhältnis von „Vermarktlichung“ versus „Vergesellschaftung“ im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge untersucht werden. Wie hat sich die Wahrnehmung von Privatisierungen in den vergangenen 20 Jahren verändert? Welchen Stellenwert haben heute gute öffentliche Dienstleistungen, gute Arbeit? Wie können die „Stakeholder“ öffentlicher Unternehmen gestärkt werden, also Beschäftigte, Verbraucher, die finanzielle Basis und demokratische Kontrolle der Kommunen?

Auf der Fachtagung werden konkrete Beispiele der Rückübertragung öffentlicher Aufgaben dargestellt und im Hinblick auf ihre Auswirkungen für Beschäftigte, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Kommunen analysiert. Schließlich soll über die politischen Bedingun-

gen diskutiert werden, mit denen weitere Privatisierungen verhindert und eine zukünftige Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge ermöglicht werden kann. ■



Weitere Informationen erhalten Sie bei der Hans-Böckler-Stiftung unter der Telefonnummer 0211 77 78 124 oder im Internet unter [www.boeckler.de](http://www.boeckler.de).

## Literatur-Tipp

### Beamtenrecht in der Praxis als Neuauflage erschienen

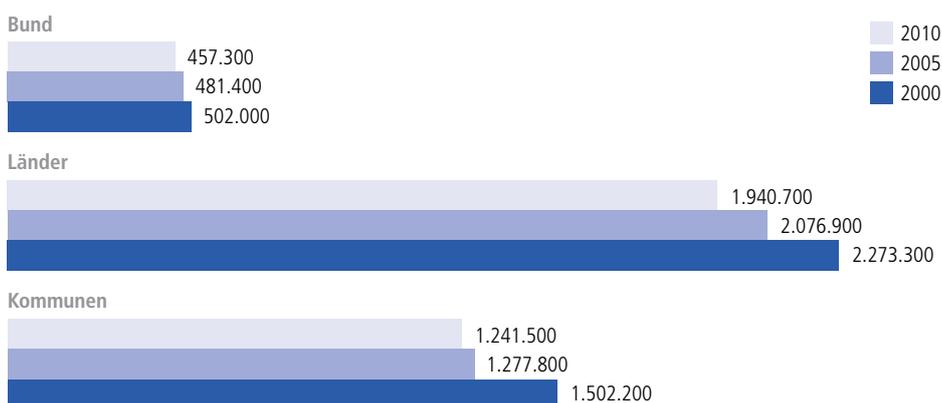
Das nunmehr in der 7. Auflage erschienene Standardwerk „Beamtenrecht in der Praxis“ deckt die für Personalräte und Praktiker in der Verwaltung wesentlichen Bereiche des Beamtenrechts ab. Das Beamtenrecht hat in den vergangenen Jahren erhebliche Änderungen erfahren. Die Neuauflage dieses Standardwerks berücksichtigt die Rechtsänderungen im Bundesbeamtengesetz, Bundesbesoldungsgesetz und Beamtenversorgungsgesetz ebenso wie die Veränderungen durch das Beamtenstatusgesetz, die sich weitreichend für Landes- und Kommunalbeamte auswirken. ■



Prof. Dr. Helmut Schnellenbach, Beamtenrecht in der Praxis, Verlag C. H. Beck, 7. völlig neu bearbeitete Auflage, 2011, 52 Euro, ISBN 978-3-406-58815-0

## Zahlen, Daten, Fakten

### Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Jahren 2000, 2005 und 2010



Der öffentliche Dienst ist seit Jahren von einem kontinuierlichen Personalabbau geprägt. Gegenüber dem Jahr 2000 war im Jahr 2010 ein Personalrückgang um 281.300 Stellen zu verzeichnen. Nach dem erst kürzlich von der Bundesregierung veröffentlichten Demographiebericht sollen bis zum Jahre 2014 weitere 10.000 Stellen in der Bundesverwaltung abgebaut werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6, Wiesbaden 2011

# Ihre Meinung ist gefragt

Per Fax an 030 24060-266

Oder per Post an: DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

## Befragung der Leserinnen und Leser des Beamten-Magazins

Bitte nehmen Sie sich 5 Minuten Zeit und be-  
antworten Sie die folgenden Fragen.



Als Dankeschön für die Rück-  
sendung des ausgefüllten Fra-  
gebogens erhalten die ers-  
ten 100 Einsender/innen ein  
Exemplar des Taschenbuchs  
„Geheimnisse des Amtsdeut-  
schen“. Bitte geben Sie die  
Lieferadresse am Ende des

Fragebogens an. Die Auswertung des Frage-  
bogens erfolgt anonym.

## Mehrfachnennungen sind bei der Beantwortung möglich.

1. Wie erhalten Sie das Beamten-Magazin?

- Im persönlichen Abonnement
- Über Vertrauensleute
- Per Post
- Per Auslage
- Über die Dienstpost
- Über den Rundlauf
- Anders:

2. Wer trägt die Kosten für das von Ihnen  
gelesene Exemplar?

- Der Dienstherr/Arbeitgeber
- Meine Gewerkschaft
- Ich trage die Kosten selbst
- Es fallen keine Kosten für mich an
- Anderer:

3. Was machen Sie mit den gelesenen  
Exemplaren des Beamten-Magazin?

- Aufbewahrung für kurze Zeit
- Archivierung über einen längeren Zeit-  
raum
- Weitergabe/Auslage an andere Kollegin-  
nen und Kollegen
- Ins Altpapier
- Anderes:

4. Welche Inhalte interessieren Sie besonders?

- Titel
- Berichte über Gesetzgebungsvorhaben  
und -verfahren
- Politische Berichterstattung
- Berichte von Veranstaltungen
- Gastbeitrag
- Kommentierungen
- Interviews
- Meldungen aus dem Bund
- Meldungen aus den Ländern
- Hinweise auf Gerichtsentscheidungen
- Ratschläge, Tipps, Besoldungstabellen
- Personelles
- Literaturtipps
- Webtipps
- Zahlen – Daten – Fakten

5. Was vermissen Sie im Beamten-  
Magazin?

- Berichte aus der Praxis
- Tipps und Ratschläge
- Kommentare
- Darstellung von Pro und Contra zu  
einem Sachverhalt
- Mehr Kurzinfos

- Vertiefende Hintergrundinformationen  
zu einem Thema
- Hinweise auf weiterführende  
Informationen
- Illustrationen
- Sonstiges:

6. Wie zufrieden sind Sie mit dem  
Beamten-Magazin des DGB?

- Sehr zufrieden
- Überwiegend zufrieden
- Weniger zufrieden
- Nicht zufrieden

7. Sie sind

- Weiblich
  - Männlich
- Ihr Alter:

8. Zu welcher Personengruppe gehören Sie?

- Beamtin/Beamter
- Tarifbeschäftigte/r
- Anwärter/in bzw. Auszubildende/r
- Versorgungsempfänger/in
- Personalrat
- Betriebsrat
- Ehrenamtliche/r Gewerkschafts-  
funktionär/in
- Hauptamtliche/r Gewerkschafts-  
funktionär/in
- Journalist/in
- Politiker/in
- Andere:

**Vielen Dank fürs Mitmachen!**

Bitte das Gratisexemplar des Taschenbuchs „**Geheimnisse des Amtsdeutschen**“ an folgende Lieferanschrift senden:

Empfänger/in: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_



# Krankenversicherung

Beamte versichern  
sich privat

**Günstige Tarife – auch  
für Beamtenanwärter –  
bereits ab 24 € im Monat.**

Bei uns ist der öffentliche Dienst zu Hause. Deshalb bieten wir genau die Beihilfe-Tarife, die Sie wirklich brauchen.

## Das beste Rezept:

- besonders günstige Beiträge (z. B. nur 149,27 € im Monat\*)
- attraktive Beitragsrückerstattungen

\* für einen 30-Jährigen bei 50 % Beihilfe für die Tarife ambulant/stationär/Zahn

**Weitere Informationen dazu finden Sie im Internet unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de)**

Kooperationspartner des

**DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS 2012**



**HUK-COBURG**  
Aus Tradition günstig